

Welche Zukunft für die Volksparteien?

CSV und LSAP machen sich auf den beschwerlichen Weg der innerparteilichen Reform

Jürgen Stoldt

Es kommt selten vor, dass politische Parteien der breiteren Öffentlichkeit einen Blick in ihr Innenleben gestatten. In Luxemburg haben dies jetzt die beiden „Volksparteien“ CSV und LSAP in unterschiedlicher aber doch vergleichbarer Form gewagt. Sie veröffentlichten im Abstand weniger Wochen – die CSV über eine Pressekonferenz¹, die LSAP über den Umweg des Feiertags² ausführliche Analysen, die Auskunft geben über ihren inneren Zustand.

Hintergrund dieser beiden Selbstanalysen ist das Debakel vom 20. Oktober 2013. CSV und LSAP hatten an diesem Tag die Parlamentswahlen verloren – die LSAP vor 18 Uhr (durch ein historisch schlechtes Wahlergebnis), die CSV nach 18 Uhr (indem sie mit ihrer Gallionsfigur von der übrigen politischen Klasse als nicht-regierungsfähig eingestuft und von der Regierungsbildung ausgeschlossen wurde).

Das Dokument der LSAP, vorgelegt von der eigenen Stiftung (Fondation Robert Krieps) und aus der Feder des ehemaligen Parteipräsidenten Ben Fayot, des Abgeordneten Franz Fayot, des Staatsrates Christophe Schiltz sowie des Parteiintellektuellen Marc Limpach, trägt den Titel: „Krise und Aufbruch der LSAP“. Es handelt sich um eine sehr erhellende soziologisch-politische Analyse des Niedergangs der deutschen Sozialdemokratie vor luxemburgischer Kulisse. Angesichts der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen, die der Sozialdemokratie ihre Wähler wegrationalisiert und wegindividualisiert, wird noch einmal das historische Erbe besungen und eine Zukunft als „Volkspartei“ beschworen, die die linken Kräfte bündeln könnte – wenn man sie denn ließe. Der Aufarbeitung der letzten Jahre sowohl in den

europäischen Nachbarländern als auch in Luxemburg sind spannende Kapitel gewidmet. Die Aufkündigung der CSV-LSAP-Koalition im Juli 2013, als der gesamte Staatsapparat in Folge einer Kaskade von politischen Skandalen ins Wanken geriet, wird missverständlich als Schachzug bezeichnet, „um die Möbel zu retten“ (was der CSV nun als Bestätigung dafür dient, dass es der LSAP bei dieser CSV-Staatskrise nur um den Machterhalt gegangen wäre).

Dysfunktionale Abläufe in der LSAP werden ziemlich schonungslos beschrieben und seitenweise organisatorische Verbesserungsvorschläge aufgelistet. Vor einem Glaubwürdigkeitsverlust u. a. durch das „egoistische“ bzw. „hedonistische“ Auftreten einiger LSAP-Politiker wird gewarnt und das bisherige Ergebnis der neuen Dreierkoalition aus Sicht der LSAP als suboptimal beschrieben. Zwischen den Zeilen liest man den Vorwurf an die Adresse von Etienne Schneider, dass er bei der Zuteilung der Regierungsportefeuilles eigene Vorlieben und Bequemlichkeiten vor das Interesse der Partei gestellt habe – im Klartext, dass er lieber die Annehmlichkeiten des aufgeblähten Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Armee und Innere Sicherheit der harten Arbeit im Finanzministerium vorgezogen habe.

Die Ambiguität des höchst erhellenden und unbedingt lesenswerten Dokumentes liegt jedoch im Begriff „linke Volkspartei“, mit dem sich ein Teil der LSAP seit etwa 15 Jahren definieren möchte. Der damit verbundene Anspruch, zumindest theoretisch einen überwiegenden Teil der Wählerschichten abzudecken, müsste angesichts des Trends in den Wahlergebnissen selbst eingefleischten LSAP-

Hintergrund dieser beiden Selbstanalysen ist das Debakel vom 20. Oktober 2013. CSV und LSAP hatten an diesem Tag die Parlamentswahlen verloren – die LSAP vor 18 Uhr, die CSV nach 18 Uhr

**Der fast trotzig
angemeldete
Anspruch der
LSAP, weiterhin
eine im deutschen
Sinne Volkspartei
zu sein, dürfte
sich als Hindernis
erweisen, wenn
die Partei ein
schärferes Profil
entwickeln will**

Anhängern wirklichkeitsfremd erscheinen. Stattdessen spürt man aber immer wieder bei Gesprächen die tiefe Kränkung darüber, dass deutlich linkere und trotzdem demokratische Parteien sich etablieren konnten, dass die grüne Partei viele gute und pragmatische Ideen glaubwürdiger transportiert und die Jugend sich womöglich interessanteren politischen Gruppen wie den Piraten zuwendet. Ingeheim scheint die LSAP weiterhin dem Traum nachzuhängen, dass sich auch in Luxemburg ein Zwei-Parteien-System etablieren könnte, wo eine vage sozialdemokratisch positionierte Volkspartei einer rechten Volkspartei die Stirn bieten würde. So wie der OGBL die Existenz des LCGB einzig als Affront versteht und einen guten Teil seiner Energie im Kampf gegen den Konkurrenten einsetzt, so scheint auch die LSAP immer noch den Sinn des pluralistischen Parteiensystems nicht ganz einzusehen.

Der fast trotzig angemeldete Anspruch der LSAP, weiterhin eine im deutschen Sinne Volkspartei zu sein, dürfte sich als Hindernis erweisen, wenn die Partei ein schärferes Profil entwickeln will, wie es der Text fordert. Tatsächlich ist die LSAP zwar in der glücklichen Lage, dass sie mit der Gerechtigkeits- und Solidaritätsfrage über einen politischen Kern verfügt, der auch heute noch unbedingt tragfähig ist und nur darauf wartet, den aktuellen Verhältnissen angepasst zu werden. Doch wenn sich der Partei die Gelegenheit bietet, zuckt sie zurück: So hat die Regierung, an der die LSAP ja beteiligt ist, gerade angekündigt, mit dem Aufräumen von Privilegien bei den Schwächsten der Schwachen anzufangen. Putzfrauen, die bislang nach 10-jähriger Anstellung in einem Betrieb gesetzmäßig einen Anspruch auf qualifizierten Mindestlohn haben, sollen in Zukunft zu ihrem eigenen Schutz (vor gesetzeswidriger Kündigung!) auf dieses Recht verzichten. So wurde es mit den Patronatsvertretern abgemacht, die auf diesem Wege offenbar die Wettbewerbsfähigkeit der luxemburgischen Wirtschaft verbessern wollen. Eine linke „Volkspartei“, die zu ihren Prioritäten die Erhaltung der bezahlten Stundenzahl im Sekundarunterricht rechnet, könnte hier vielleicht wegschauen, eine linke Partei wohl kaum.

Die Analyse der Fondation Robert Krieps geht alle Politikfelder durch und klopft sie nach ihrer Bedeutung für sozialdemokratische Politik ab. Ein Thema sucht man jedoch vergebens, obwohl es für jede linke Partei in Luxemburg die Gretchenfrage schlechthin darstellt: die Frage, wie Luxemburg eigentlich seine Steuereinnahmen generiert. Hier rächt sich vielleicht, dass zwei der Autoren ihr Geld im Finanzsektor verdienen (Marc Limpach ist als Jurist bei der CSSF beschäftigt, Franz Fayot ist Partner beim Anwaltsbüro Elvinger, Hoss & Prussen).

Zum Schluss wendet sich das Papier der Zukunft zu und wird handlungsorientiert. Die Autoren setzen natürlich auf eine bessere innerparteiliche Kommunikation und eine effizientere Außendarstellung. Dazu soll bis Frühjahr 2016 eine ernsthafte programmatische Debatte geführt werden und die grundlegenden Texte der Partei überarbeitet und verständlicher gestaltet werden (diese Debatte hat mittlerweile in den Gremien begonnen). Damit hätte die Partei Zeit genug, um ihre Hauptwidersprüche zu klären und die innerparteilichen Abläufe zu modernisieren.



So viel Zeit will sich die CSV nicht geben. Ihre Reformdiskussion hatte kurz nach den Wahlen eingesetzt, wobei unsere Zeitschrift kurzzeitig den Rahmen dazu bot. Bei einem von *forum* organisierten Rundtischgespräch hatten einige CSV- bzw. CSJ-Mitglieder zum großen Ärger der Parteileitung öffentlich über die Gründe nachgedacht, die die Partei ins politische Abseits gestellt hatten (das public forum vom 11. November 2013 war danach über 800 Mal auf Soundcloud angehört worden).³ Am 3. Januar 2014 veröffentlichte dann die informelle Dreikönigsgruppe um Charel Schmit, Pierre Lorang und Serge Wilmes ein Positionspapier, das eine parteiinterne Erneuerung forderte und für diesen Prozess einen partizipatorischen Rahmen vorschlägt. Das Papier wurde dann zum Teil in die Beschlüsse des CSV-Nationalkongresses integriert, dem es damit allerdings auch gelang eine weitere Diskussion zu verhindern. In Anwesenheit des sperrigen Alt-Premiers wurden die bisherigen Verantwortlichen Spautz und Zeimet in ihren Ämtern bestätigt, und beschlossen, dass die Analyse der Situation nicht zu partizipativ auszufallen habe. Marc Glesener, glückloser ehemaliger *LW*-Chefredakteur und zeitweiser *Journal*-Mitarbeiter, sowie der Anwalt Marc Thewes wurden von der neu-alten Parteileitung damit beauftragt, einen Bericht vorzulegen und Reformpisten zu formulieren.

Die Vorstellung der Ergebnisse dieser Untersuchung, fast ein Jahr später, gestaltete sich weit professioneller als bei der LSAP, leider aber zu einem denkbar unglücklichen Zeitpunkt. Die Pressekonferenz fiel zeitgleich mit der Solidaritätskundgebung mit den Opfern von Paris zusammen und wurde unverständlichlicherweise nicht abgesagt. Journalisten und die Anführer der größten luxemburgischen Oppositionspartei kamen zur Gedenkveranstaltung zu spät.

Thewes und Glesener leisteten insbesondere auf der Vorstellung vor der Presse einen spektakulären Rundumschlag gegen die in der CSV herrschende Kultur an Duckmäusertum und Arroganz. Ohne dass der Name des Alt-Premierministers in diesem Zusammenhang genannt wird, macht der Text die

fehlende Diskussionskultur an den Auswüchsen der letzten Jahre fest. „Über die Jahre hinweg hat die CSV ihre Funktion als staatstragende, weil stets größte Partei derart verinnerlicht, dass politische Diskussionen innerhalb der Parteigremien und auf den Parteikongressen faktisch nicht mehr stattfanden“, wird festgehalten.

Eine wirkliche Auseinandersetzung mit den Gründen, die zu dieser Situation geführt haben, leisten die „Perspektiven für eine moderne und lebendige Volkspartei“ jedoch nicht. Auch im Hinblick auf den Wahlausgang von Oktober 2013 und die politische Quarantäne, in der sich die CSV heute befindet, wagt das Papier keine Stellungnahme. Ohne aber die Vergangenheit zu analysieren und sich den Gründen zu stellen, die die CSV ins Abseits geführt haben, scheint es schwer vorstellbar, dass der Partei ein Neustart gelingt. Glesener und Thewes ordnen in ihrem Papier stattdessen auf sehr verständliche und (wie sie selber zugeben) subjektive Art und Weise die Eindrücke geschätzter 20 Gesprächspartner. Sie listen daneben eine Reihe praktischer Vorschläge auf, die die Parteistrukturen und die Kommunikation betreffen. Die von der Dreikönigsgruppe geforderte Urabstimmung zur Bestimmung des Parteileaders wird eine Absage erteilt, mit der seltsam konstruiert wirkenden Begründung, dass die Krönung des Parteileaders im Rahmen eines Nationalkongresses den Vorteil größerer Publikumswirksamkeit hätte ...

Eine inhaltliche Auseinandersetzung über Parteipositionen bietet das Papier nicht, verlangt aber dass diese Debatte stattfindet. Die bessere Aufarbeitung der Positionen erscheint den Autoren umso notwendiger, als ein guter Teil der Basis intellektuell von der christlichen Soziallehre überfordert zu sein scheint, wenn sie diese überhaupt noch als Grundlage des Parteiprogramms wahrnehmen sollte. Im Gegensatz zur LSAP will die derzeitige CSV-Führung, die ein Jahr auf ihr Reformpapier hat warten müssen, jetzt schnell Nägel mit Köpfen machen. Schon auf dem kommenden Nationalkongress im Februar soll die Strategie verabschiedet werden und bis zum Herbst eine Neuformulierung der Statuten stehen. Die Eile ist geboten, will die Parteileitung die Kontrolle über den Prozess behalten.

Mittlerweile hat die Dreikönigsgruppe jedoch erneut zugeschlagen. Im Selbstverlag veröffentlichte die Gruppe Anfang des Jahres einen Essayband „C wéi Choix“ (herausgegeben von Charel Schmit, Serge Wilmes, Pierre Lorang, Sonja Kettmann und Pascal Nicolay)⁴, der sowohl die parteipolitische Erneuerung als auch einzelne Politikfelder diskutiert. In einer Mischung aus fröhlicher Anarchie und Wertekonservatismus ist diese Sammlung mehr eine

Illustration für die gewünschte Methode als eine einheitliche Positionierung – die Autoren haben alle mit eigenen Namen unterschrieben.

Die Suche nach gemeinsamen Positionen dürfte dabei für die CSV nicht unproblematisch werden. Anders als die deutsche CDU ist die CSV keine bürgerliche Sammelpartei der rechten Mitte, die von konservativen über christlich-soziale bis zu rechtsliberalen Strömungen alles integriert, sondern sie ist programmatisch eine christlich-soziale Partei, die formal einzig auf der katholischen Soziallehre steht. An dieser Positionierung drohte sie im Zuge der Modernisierung und Säkularisierung der luxemburgischen Gesellschaft regelmäßig zu zerschellen. Die Sprengkraft dieser weltanschaulichen Verortung hat Jean-Claude Juncker frühzeitig zu lindern versucht, mit dem Ergebnis, dass die Partei nach seiner 35-jährigen Regierungszeit programmatisch jetzt praktisch entkernt ist. 2013 war es dann auch die CSV, die die Abschaffung des Religionsunterrichts im Secondaire ins Wahlprogramm aufnahm und nicht die LSAP.

Schlimmer als das Fehlen klarer Positionen könnte sich für die CSV aber der rezente Beweis erweisen, dass die politischen Akteure gesellschaftliche Mehrheiten auch ohne sie organisieren können. Den drei Regierungsparteien ist es innerhalb weniger Wochen gelungen, im Rahmen der Einigung mit den Religionsgemeinschaften einen großen gesellschaftlichen Konsens herzustellen ohne jegliche Mitwirkung der CSV. Nebenbei offenbarte dieser Vorgang, wie gering die Verankerung der CSV sogar innerhalb ihrer eigenen politischen Familie mittlerweile ist. Im Hinblick auf das Referendum vom 7. Juni, das sich jetzt einzig um das „Ausländerwahlrecht“ drehen wird, sollte die CSV vor diesem Hintergrund doch noch einmal die eigene Strategie überdenken. Denn sie riskiert, sich mit ihrer sturen Haltung für Jahre auf der Verliererseite der Geschichte wieder zu finden.

Ohne klares Programm, personell ausgedünnt, in einem politischen System, das heute für die Integration der gesellschaftlichen Interessengegensätze auf demokratischere Abläufe zurückgreifen kann, und schließlich ohne Geld, es im Falle einer Regierungsbeteiligung allen Recht zu machen, wird es eng für die CSV. Welche Rolle diese „Volkspartei“ in Zukunft spielen kann, ist eine offene Frage. ♦

Ohne aber die Vergangenheit zu analysieren und sich den Gründen zu stellen, die die CSV ins Abseits geführt haben, scheint es schwer vorstellbar, dass der Partei ein Neustart gelingt.

1 Das Papier und das Video der Pressekonferenz sind zu finden unter: <https://csv.lu/2015/01/perspektiven-fur-eine-moderne-und-lebendige-volkspartei-reformpisten-fur-die-csv/>

2 <http://www.feierkrop.lu/dokumente-20.html>

3 <http://www.forum.lu/2013/11/12/public-forum-zum-nachhoren-chance-fur-einen-neubeginn-die-csv-in-der-opposition.html>

4 Erhältlich im Buchhandel.